

Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen

Zusammenfassung und zentrale Befunde

Herausgegeben von:

**Landesarbeitsgemeinschaft (LAG)
Queeres Netzwerk Sachsen**

Autorin:

**Vera Ohlendorf, Magister Philosophie und
M.A. Kultur- und Medienmanagement
(LAG Queeres Netzwerk Sachsen)**

Co-Autor:

**Martin Wunderlich, M.A. Politikwissenschaft
(LAG Queeres Netzwerk Sachsen)**

in Kooperation mit:

**Prof.in Dr.in phil. Gudrun Ehlert und
Prof.in Dr.in phil. Asiye Kaya
Fakultät Soziale Arbeit an der
Hochschule Mittweida**

auf Grundlage der Daten von:

**Sabine Fraede, Dipl. Soziologin und
Peggy Gruna, M.A. Soziale Arbeit**

Stand: 03. Juni 2019

Einleitung

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, trans- und intergeschlechtliche Personen sowie queere Menschen (LSBTTIQ*) gehören zur Lebensrealität in Sachsen. Ihre Alltagserfahrungen im Freistaat sind jedoch auch von Diskriminierung, Stigmatisierung, Pathologisierung sowie verbaler und physischer Gewalt geprägt. Zwischen 2001 und 2017 registrierte der Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) im Themenfeld „Hasskriminalität“, Unterthema „Sexuelle Orientierung“ ganze 55 Fälle¹. Aufgrund der Erfahrungen der Beratungsarbeit der Mitgliedervereine der LAG Queeres Netzwerk Sachsen liegt der Schluss nahe, dass das Dunkelfeld von vorurteilsmotivierter Gewalt in Sachsen wesentlich größer ist. Zu diesem Fazit gelangte 2017 auch der sächsische „Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen“. Angesichts der geringen offiziellen Fallzahlen formulierte die Staatsregierung in diesem Zusammenhang jedoch keinen Handlungsbedarf.²

Daraus ergab sich für die LAG Queeres Netzwerk Sachsen die Motivation und Notwendigkeit, die Erkenntnisse aus der Beratungsarbeit der Mitgliedervereine mit wissenschaftlichen Daten zu unterlegen. Bisher gibt es bei der sächsischen Polizei weder auf der Landes- noch auf der Kommunalebene Strukturen, die LSBTTIQ* explizit in den Blick nehmen. Spezielle LSBTTIQ*-Ansprechpartner*innen, wie sie bei den Polizeien vieler anderer Bundesländer bereits installiert wurden, sind in Sachsen bisher nicht vorhanden. Über eine Crowdfunding-Aktion im Herbst 2018 konnte die Finanzierung dieser Studie vollständig und unabhängig realisiert werden. Sie liefert erstmals Fakten zum Ausmaß der Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen innerhalb der vorangegangenen fünf Jahre.

Sie wurde durch die LAG Queeres Netzwerk Sachsen in Kooperation mit Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ phil. Gudrun Ehlert und Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ phil. Asiye Kaya der Fakultät Soziale Arbeit an der Hochschule Mittweida realisiert. Peggy Gruna (M.A. Soziale Arbeit) und Sabine Fraede (Dipl. Soziologin) zeichnen für die Konzeption des Fragebogens und die empirische Umsetzung bzw. Auswertung der Daten verantwortlich.

Methodik der Studie

Vier **Forschungsfragen** dienen als Grundlage für die gemeinsame Entwicklung des Fragebogens:

1. Wie viele LSBTTIQ* sind in den letzten fünf Jahren in Sachsen Opfer von vorurteilsmotivierter Gewalt bzw. strafrechtlich relevanter Kriminalität geworden?
2. Wie hoch ist in diesen Fällen die Anzeigebereitschaft gegenüber der Polizei durch LSBTTIQ*?
3. Welche Erfahrungen haben LSBTTIQ* bei der Anzeige im Kontakt mit der sächsischen Polizei gemacht bzw. warum wurde nicht angezeigt?
4. Welche Anregungen haben die Befragten für Polizeidienststellen, um Anzeigebarrrieren abzusenken?

¹ Vgl. Freistaat Sachsen, Staatsministerium des Innern (2017): *Antwort auf Kleine Anfrage der Abgeordneten Sarah Buddeberg und Enrico Stange, Fraktion DIE LINKE, Drs.-Nr.: 6/11242, Thema: Hasskriminalität aufgrund sexueller Orientierung.*

² Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration (2017): *Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen*, S. 29.

Peggy Gruna und Sabine Fraede sorgten für die methodische Umsetzung und Auswertung der Daten. Die Dateninterpretation, d.h. die Rückschlüsse und Bezüge der Daten auf die theoretischen und praxisrelevanten Aspekte, erfolgte durch die LAG Queeres Netzwerk Sachsen in Beratung mit Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ phil. Gudrun Ehlert und Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ phil. Asiye Kaya der Fakultät Soziale Arbeit an der Hochschule Mittweida.³

Der Studie wurden folgende **Forschungsthesen** zugrunde gelegt:

1. LSBTTIQ* werden in Sachsen Opfer von vorurteilsmotivierten und anderen Straftaten. Dabei erfolgen mehr vorurteilsmotivierte Übergriffe, als in der aktuellen PMK-Kriminalstatistik ausgewiesen werden.
2. Sächsischen Polizeibeamt*innen fehlt es möglicherweise an Kenntnis und Sensibilität für LSBTTIQ*. Daher kommt es bei Betroffenen zu Hemmungen, Gewalterlebnisse anzuzeigen.
3. Die sächsische Polizei kann konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Anzeigebereitschaft von LSBTTIQ* zu erhöhen.

Ein solches Forschungsvorhaben kann dem Anspruch auf Repräsentativität methodisch nicht gerecht werden. Vielmehr handelt es sich um eine erste standardisierte Befragung, die als Dunkelfeldstudie eine Stichprobe der von Gewalt betroffenen LSBTTIQ* in Sachsen in den letzten fünf Jahren in den Blick nimmt, um erste grundlegende Erkenntnisse im Rahmen der Forschungsfragen und Thesen zu gewinnen. **Repräsentative Aussagen über alle LSBTTIQ* in Sachsen können grundsätzlich nicht getroffen werden**, weil die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität aus guten Gründen nicht staatlich erfasst werden.

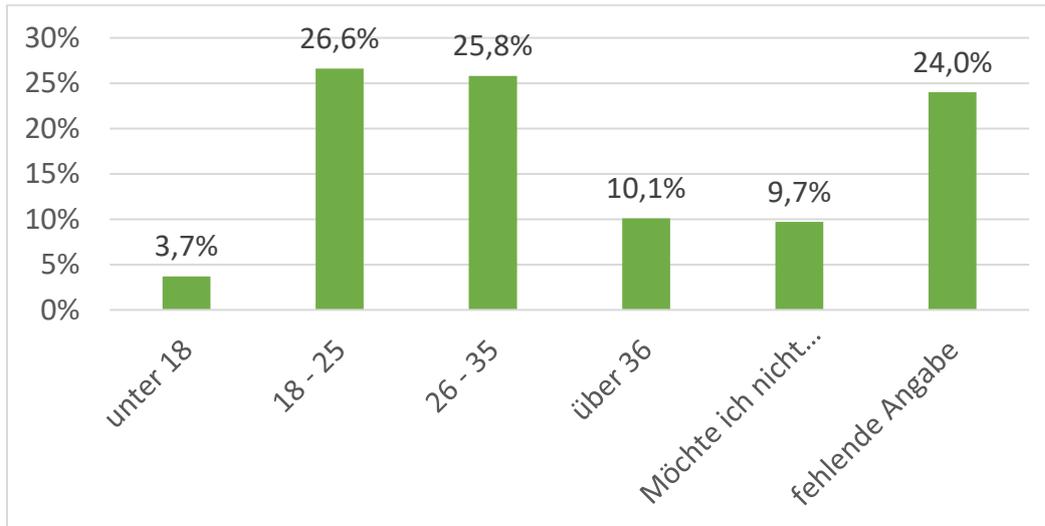
Als **Erhebungsmethode** wurde eine quantitative, standardisierte, schriftliche Befragung per Fragebogen gewählt.

Die Befragung richtete sich ausschließlich an Menschen, die sich zum Zeitpunkt der Erhebung der Gruppe der LSBTTIQ* zugehörig fühlten und in den letzten fünf Jahren selbst Erfahrungen mit vorurteilsmotivierter Gewalt in Sachsen gemacht bzw. diese in Sachsen zur Anzeige gebracht hatten. Um eine möglichst breite Verteilung und Zugang in Sachsen zu gewährleisten, wurde der Online-Fragebogen ergänzend im Paper-Pencil-Format als Papierfragebogen erstellt. Für die Distribution des Online-Fragebogens wurde der Dienstleister „Survey-Monkey“ genutzt.

Es entstand ein Fragenkatalog aus 16 Fragen, der überwiegend aus quantitativen Fragen (Nennungen und Skalierungsfragen) bestand, aber auch qualitative Anteile besaß (offene Fragen). Der Befragungszeitraum erstreckte sich vom 1. Januar 2019 bis zum 15. Februar 2019. Zur Auswertung der Daten wurde die Methode deskriptiver Statistik gewählt. Hierfür kamen die Statistiksoftware JASP und das Tabellenkalkulationsprogramm Excel zur Anwendung. 369 Menschen nahmen an der Befragung teil. **267 ausgefüllte Fragebögen flossen in die Ergebnisauswertung ein.**

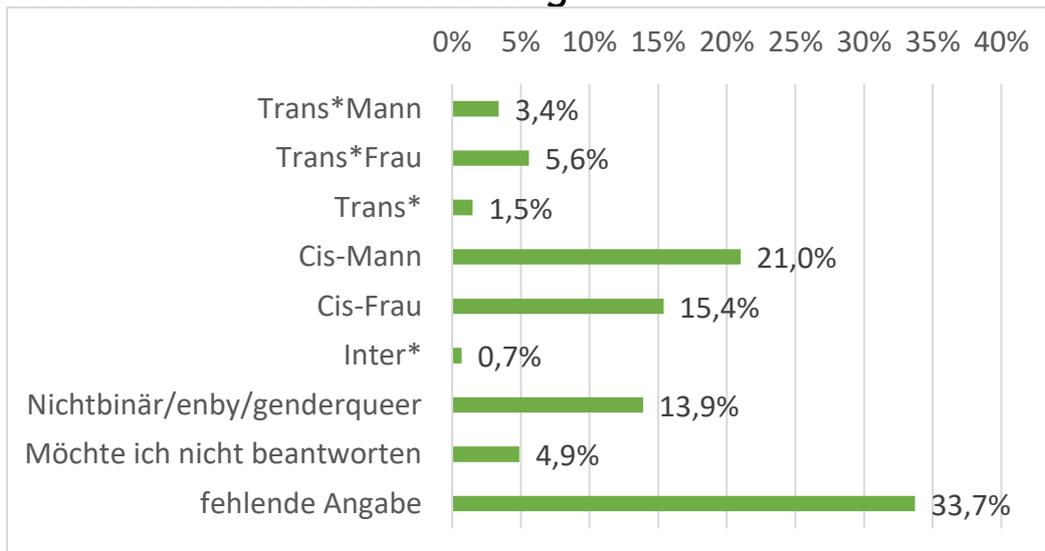
³ Vgl. Fraede, Sabine; Gruna, Peggy (2019): *Ergebnisbericht zur Studie über Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen*. Alle nachfolgenden Grafiken und Tabellen sind dem Ergebnisbericht entnommen.

Alter der Teilnehmenden



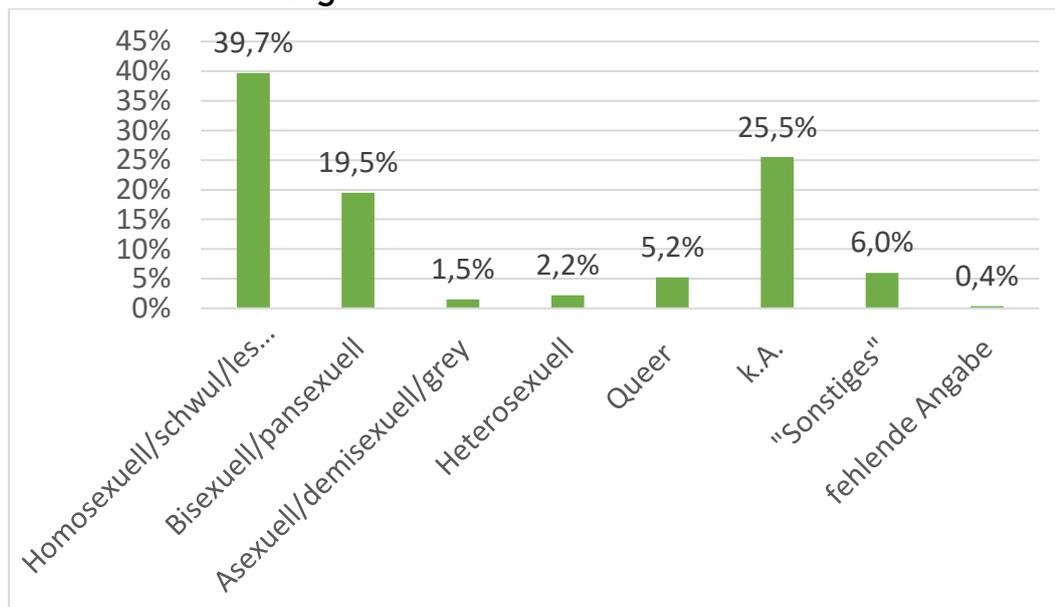
Die Mehrheit der Befragten war zum Zeitpunkt der Teilnahme zwischen 18 und 35 Jahren alt, wobei rund 34 % der Befragten hierzu keine Angabe machten.

Geschlechtliche Selbstverortung



Der Fragebogen sah hier eine große Zahl vorgegebener Antwortmöglichkeiten vor, die im Sinne einer einfacheren Auswertung teils zusammengefasst wurden. So wurden die Antwortkategorien „Trans-Frau, trans*Frau, Transfrau, trans* weiblich“ und „Frau (mit Transitionsgeschichte / mit transsexueller Vergangenheit)“ zum Cluster „Trans*Frau“ zusammengefasst, analog die Kategorien „Trans-Mann, trans*Mann, Transmann, trans*männlich“ sowie „Mann (mit Transitionsgeschichte / mit transsexueller Vergangenheit)“ zum Cluster „Trans*Mann“. Unter „Trans*“ wurden die Antwortmöglichkeiten „Trans*/transgender/transgeschlechtlich/transident“ sowie „transsexuell“ subsumiert. 39% der Befragten machte zu dieser Frage keine Angabe.

Sexuelle Orientierung



Auch hier wurden aus den Antwortkategorien des Fragebogens teils sinnvolle zusammenfassende Cluster gebildet, die in der Achsenbezeichnung des Diagramms wiedergegeben sind.

Gewalterfahrungen in Sachsen innerhalb der letzten 5 Jahre

267 Teilnehmer*innen gaben an, in den letzten fünf Jahren Opfer von vorurteilsmotivierter Gewalt geworden zu sein. 259 von ihnen (also fast alle) erlebten innerhalb der letzten fünf Jahre Beleidigungen, rund 42,5% davon sogar mehr als fünf Mal. Auch die Zahl der Körperverletzungen und Bedrohungen ist als hoch anzusehen.

	1-mal	2-mal	6-mal	Total	Total in %
a) Körperverletzung (schwer)	10	12	36	58	3,6%
b) Körperverletzung (leicht)	32	30	78	140	8,7%
c) Eigentumsdelikt	24	36	36	96	6,0%
d) Bedrohung	45	106	198	349	21,8%
e) Beleidigung	42	220	606	868	54,2%
f) Stalking	23	38	30	91	5,7%
				1602	100%

In der Vergleichsfrage „Wie viele der Vorfälle fanden in Sachsen statt?“ wurden **1672 Übergriffe in Sachsen** ermittelt. Die hohe Zahl an Übergriffen zeigt, dass Betroffene nicht selten häufiger zu Opfern werden und Gewalt (des gleichen Typs oder verschiedener Gewaltformen) für viele eine Alltagserfahrung zu sein scheint (Mehrfachviktimsierung).

Anzeigebereitschaft

Von 267 Personen haben 30 Personen mindestens einen Vorfall bei der sächsischen Polizei angezeigt. Das entspricht nur rund **11% der von Gewalt Betroffenen**. Diese 30 Personen gaben an, insgesamt 72 Übergriffe angezeigt zu haben. Betrachtet man die Verteilung der Anzeigen in Bezug zu den einzelnen Deliktarten, ergibt sich folgendes Bild:

Delikt	Anzahl	%
Körperverletzung (schwer)	7	10%
Körperverletzung (leicht)	19	26%
Eigentumsdelikt	8	11%
Bedrohung	12	17%
Beleidigung	17	24%
Stalking	6	8%
Sonstiges	3	4%

Von den 72 Anzeigen wurden mehrheitlich leichte Körperverletzungen (26%) angezeigt, gefolgt von Beleidigungen (24%) und Bedrohungen (17%). Von den 1672 berichteten Gewalterfahrungen kamen also nur rund 4,3% auch zur Anzeige. **Die Anzeigebereitschaft ist also sowohl in Bezug auf die angegebenen Fallzahlen als auch in Bezug auf die Betroffenen sehr gering.** Die offizielle Kriminalstatistik im Bereich politisch motivierte Kriminalität (PKM) bildet in Bezug auf Gewalt gegen die sexuelle Orientierung also nur einen Bruchteil der realen Gewalterfahrungen ab.

Erfahrungen mit der Polizei

Die Grafik zeigt in absoluten Zahlen die Eindrücke während der Anzeigerstattung. 22 von 30 Personen gaben an, sich weniger gut oder gar nicht gut begleitet gefühlt zu haben. Das entspricht einem Anteil von 73%. Nur 8 Personen (27%) haben gute oder sehr gute Erfahrungen bei der Anzeige gemacht.

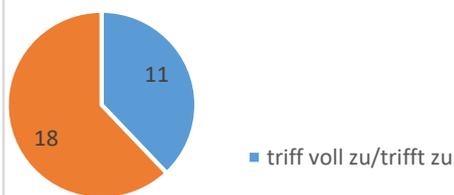


Die Teilnehmer*innen wurden auch gebeten, sich zu bestimmten Aussagen zu äußern, die ihren Eindruck von den Beamt*innen während der Anzeigerstattung erfassen sollten:

Die*der Beamt*in machte in Bezug auf LSBTTIQ*-Lebenslagen bei der Anzeigenaufnahme einen kompetenten und informierten Eindruck. (29 Nennungen)



Die*der Beamt*in war freundlich, einfühlsam und zugewandt. (30 Nennungen)



Ich wurde ernst genommen. (30 Nennungen)



Ich fühlte mich während der Anzeigenaufnahme geachtet und respektiert. (29 Nennungen)



Gründe für Nichtanzeige

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht die Gründe, warum LSBTTIQ* keine Anzeige erstattet haben. Die Darstellung zeigt die Mittelwerte (1 für „trifft voll zu“ bis 4 für „trifft gar nicht zu“). Die zugehörige Frage wurde nur durch etwa zwei Drittel der Befragten beantwortet. Ca. 100 Personen machten dazu keine Angaben.

	Mittelwert	Beantwortet (Anzahl)	Nicht-beantwortet (Anzahl)
a) Jemand anderes hat die Polizei verständigt.	trifft gar nicht zu (4)	163	104
b) Ich hatte keine Zeug*innen oder Beweise gehabt.	Trifft weniger zu (3)	165	102
c) Ich habe mich wegen meiner Hilflosigkeit geschämt.	Trifft weniger zu (3)	164	103
d) Ich hatte Angst vor Rache des*der Täter*innen.	Trifft weniger zu (3)	164	103
e) Ich möchte nicht als LSBTTIQ* erfasst werden.	Trifft weniger zu (3)	163	104
f) Ich habe den Ort des Übergriffs bald verlassen.	Trifft zu (2)	166	101
g) Der*die Täter*in wird eh nicht gefunden/ermittelt.	Trifft zu (2)	164	103

h) Die Polizei würde das Anliegen nicht ernst nehmen.	Trifft zu (2)	165	102
i) Es ist eine rechtliche Grauzone und wird sowieso nicht als Straftat gegen meine sexuelle oder geschlechtliche Selbstbestimmung gewertet.	Trifft zu (2)	166	101
j) Es wäre mir zu viel Umstand gewesen.	Trifft zu (2)	166	101
k) Es war nicht so schlimm.	Trifft weniger zu (3)	167	100
l) Niemand sollte etwas davon erfahren.	trifft gar nicht zu (4)	162	105
m) Ich könnte mich selbst belasten.	trifft gar nicht zu (4)	161	106
n) Es war mir peinlich, da es während sexueller Handlungen geschah.	trifft gar nicht zu (4)	157	110

Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse zeigen ein besorgniserregendes Ausmaß von Gewalterfahrungen sächsischer LSBTTIQ* im Freistaat und eine geringe Bereitschaft, erfahrene Gewalt bei der Polizei zur Anzeige zu bringen. In Rekurs auf die von den Befragten innerhalb der Studie geäußerten Wünsche an die Polizeiarbeit lassen sich einige konkrete Maßnahmen ableiten, die geeignet scheinen, Vertrauensbarrieren der LSBTTIQ*-Opfer vorurteilsmotivierter Gewalt gegenüber der Polizei abzubauen und die Anzeigebereitschaft zu erhöhen:

- Fokussierung von LSBTTIQ* bei Präventions- und Opferschutzmaßnahmen.
- Regelmäßige curricular verankerte Sensibilisierung der Polizei für Lebenslagen von LSBTTIQ* (rechtliche und soziale Situation, Anzeigenbereitschaft, Outing, Diskriminierungserfahrungen) sowie für LSBTTIQ*-Feindlichkeit und vorurteilsmotivierter Gewalt in Aus- und Fortbildung.
- Sachsenweite Implementierung spezieller Ansprechpartner*innen für LSBTTIQ* bei der Polizei, die beraten, Anzeigen aufnehmen und aufklärende szenenahe Maßnahmen durchführen. Ähnliche Stellen wurden in vielen Bundesländern bereits mit ermutigenden Ergebnissen geschaffen.
- Zusammenarbeit der Polizei mit Interessenvertretungen von LSBTTIQ* in Sachsen (z.B. regelmäßiger Austausch, Bildungsveranstaltungen).
- Aufbau vertrauensbildender Maßnahmen durch die Polizei, etwa durch Verstärkung der Präsenz bei szenenahen, politischen Veranstaltungen (z.B. CSD Dresden, Leipzig, Pirna und Chemnitz) im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel durch Informationsstände oder Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen

- Aufklärende Maßnahmen innerhalb der LSBTTIQ*-Szenen über die bestehende Rechtslage (insbesondere in Fällen von Beleidigungen) und Sensibilisierung Betroffener dafür, dass erst Anzeigen zu Aufmerksamkeit und Problembewusstsein seitens der Polizei führen und nur so Ermittlungen überhaupt möglich werden. Hierbei sind die Polizeidienststellen ebenso gefragt wie LSBTTIQ*-Vereine und -Verbände.
- Sensibilisierung von Opferberatungsstellen für die Bedarfe von LSBTTIQ*, öffentlichkeitswirksame Kommunikation des Beratungsangebotes für Betroffene vorurteilsmotivierter Gewalt, auch durch szenenahe beratende Vereine.
- Anpassungen bzw. Erweiterungen der polizeistatistischen Erfassung vorurteilsmotivierter Kriminalität gegen LSBTTIQ*.
- Konzeption von Nachfolgeforschungen zu vertiefenden Fragen, insbesondere eine allgemeine Lebenslagenstudie von LSBTTIQ* in Sachsen sowie regelmäßige Dunkelfeldstudien zu Ausmaß und Formen der Gewalterfahrungen von LSBTTIQ* in Sachsen.
- Weiterführung und Ausbau gesamtgesellschaftlich wirksamer (Bildungs-) Maßnahmen, die die allgemeine Akzeptanz von LSBTTIQ* in allen Lebensbereichen erhöhen. Von zentraler Wichtigkeit erscheint dabei u.a. die kontinuierliche Entwicklung des Landesaktionsplans zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen durch die Sächsische Staatsregierung.

Ziel der LAG Queeres Netzwerk Sachsen ist es, diese Maßnahmen mit dem Sächsischen Innenministerium, der sächsischen Polizei, Opferschutzverbänden und nicht zuletzt mit den im Beratungsbereich aktiven Mitgliedervereinen der LAG Queeres Netzwerk Sachsen konstruktiv zu diskutieren, um vorurteilsmotivierte Gewalt in Sachsen abzubauen und die Lebensqualität von LSBTTIQ* zu erhöhen

Über die LAG Queeres Netzwerk Sachsen

Die LAG Queeres Netzwerk Sachsen ist der Dachverband der sächsischen Interessenvertretungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, trans-, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTTIQ*). Gegenüber Politik, Gesetzgebung, Verwaltung und Zivilgesellschaft in Sachsen vertritt sie deren Interessen, Bedarfe und Belange in allen Lebensaltern und allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie wurde 2016 auf Initiative der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, gegründet.⁴



⁴ Insgesamt 15 Institutionen und Initiativen sind derzeit ordentliche Mitglieder in der Landesarbeitsgemeinschaft: RosaLinde Leipzig e.V., different people e.V., Trans-Inter-Aktiv in Mitteldeutschland e.V. (TIAM e.V.), Gerede - homo, bi und trans e.V., AIDS-Hilfe Dresden e.V., LAG Mädchen und junge Frauen in Sachsen e.V., LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e.V., CSD Dresden e.V., *sowieso* Frauen für Frauen e.V., Frauen Leben Vielfalt e.V., profamilia Landesverband Sachsen, FrauenBildungsHaus e.V., AG LSBTI der GEW Sachsen, LSVD Sachsen e.V., CSD Pirna e.V.